

Den Abwärtstrend des Entwicklungshaushalts sofort umkehren!

Beschluss des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik der CDU Deutschlands unter der Leitung von **Armin Laschet MdEP**, vorgelegt von **Dr. Sebastian Paust**, vorgestellt am 10. Januar 2002

Gebrochene rot-grüne Versprechen

Rot-grüne Entwicklungspolitik ist eine lange Kette von gebrochenen Versprechen und unseriösen Augenwischereien. SPD und Bündnis90/Die Grünen haben in den Koalitionsvereinbarungen 1998 eine deutliche Erhöhung des Entwicklungshaushalts versprochen. Bundeskanzler Schröder hat auf dem Kölner Weltwirtschaftsgipfel 1999 zugesagt, eine Anhebung des Volumens der staatlichen Entwicklungshilfe anzustreben. Den vorläufigen Schlusspunkt vollmundiger Versprechungen setzt der auf dem Bundesparteitag der SPD beschlossene Leitantrag zur stufenweisen Anhebung des Entwicklungsetats auf 0,7 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts. All dies hat hohe Erwartungen an die Politik der Bundesregierung geweckt - bei unseren entwicklungspolitisch interessierten und engagierten Bürgern, unseren internationalen Partnern sowie insbesondere den notleidenden Bevölkerungen in den Entwicklungsländern. Man fragt sich unwillkürlich, wie lange die rot-grüne Bundesregierung die nationale und internationale Öffentlichkeit noch so unverfroren an der Nase herumführen will.

Keine Trendwende des deutschen Entwicklungshaushalts

Nachdem sich angesichts der Entwicklung des Haushalts des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in den Haushaltsjahren 2000 und 2001 bereits tiefe Enttäuschung breit gemacht hatte, entstand erneut Hoffnung auf eine wenn auch sehr verspätete Umsetzung der oben genannten Versprechen, als das Bundeskabinett im April 2001 das "Aktionsprogramm 2015 - Der Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut" beschlossen hatte. Nicht nur Nichtregierungsorganisationen und Kirchen, sondern auch die CDU hatte von Beginn an darauf hingewiesen, dass eine ernsthafte Realisierung dieses Programms eine erhebliche Ausweitung des finanziellen Spielraums des BMZ erfordern würde.

Trotzdem hatte die Bundesregierung - völlig unbeirrt von ihren gegenteiligen Zusagen - den BMZ-Haushalt im Rahmen ihrer Planungen für das Haushaltsjahr 2002 zunächst erneut um rund 200 Mio. Euro bzw. 5,3 Prozent auf 3,6 Milliarden Euro gekürzt. Dies hätte die Rückführung des Entwicklungshaushalts auf einen Anteil am Bruttosozialprodukt von nur noch nahe an 0,2 Prozent bedeutet (zur Erinnerung: Der letzte Entwicklungshaushalt der Vorgängerregierung aus dem Jahre 1998 lag noch bei weit über 3,8 Milliarden Euro). Regelmäßig von der Bundesregierung vorgetragene Hinweise auf zusätzliche finanzielle Kapazitäten, die den Entwicklungsländern angeblich aus der erweiterten HIPC-Entschuldungsinitiative (Heavily Indebted Poor Countries) zur Verfügung stünden, haben sich zumindest bisher als unzutreffend herausgestellt. In der Realität konnten die in den Begünstigtenkreis einbezogenen Entwicklungsländer noch keinerlei finanziellen Nutzen aus der Initiative ziehen bzw. das wenige aus ihr aktivierte Kapital ist kaum entwicklungsrelevanten Aufgaben zugeflossen.

Nur unzureichende haushaltspolitische Konsequenzen aus dem 11. September

Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 hatte die Bundesregierung erklärt, die Entwicklungspolitik zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer Politik zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu machen. Die CDU begrüßt diese Ankündigung grundsätzlich, da die Entwicklungszusammenarbeit das einzige Politikfeld ist, das langfristig und nachhaltig unsere Partnerländer beim Aufbau demokratischer, rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Strukturen sowie tragfähiger Bildungs-, Gesundheits- und Infrastruktursysteme unterstützt. Damit schafft die Entwicklungszusammenarbeit die Grundlage für die Beseitigung der strukturellen Mängel,

die das Entstehen von Extremismus und Terrorismus begünstigen oder gar bedingen. Nicht vergessen werden sollte darüber hinaus, dass Entwicklungspolitik generell unserem eigenen nationalen Interesse an einer politisch stabilen und wirtschaftlich prosperierenden Welt entspringt. Entwicklungspolitik ist ein Instrument des Stabilitätstransfers und der Wohlstandsmehrung sowie der Krisenprävention und hat somit erhebliche Bedeutung für unsere außenwirtschaftlichen Beziehungen und sicherheitspolitischen Interessen. Die hieraus für die Entwicklungspolitik resultierenden Herausforderungen erfordern allerdings die Bereitstellung erheblicher zusätzlicher Finanzmittel und die sofortige Umkehrung des Abwärtstrends des deutschen Entwicklungshaushalts. Die nun von der rot-grünen Regierungskoalition im Bundestag beschlossene Heraufsetzung des katastrophal niedrigen Etatansatzes von 3,6 Mrd. Euro um lediglich 104 Mio. Euro schreibt aber den Abwärtstrend des Entwicklungshaushalts fort. Hieran ändert auch der Umstand nichts, dass dem BMZ ca. 180 Mio. Euro aus dem Anti-Terror-Sicherheitspaket zur Verfügung gestellt werden sollen. Denn es ist nicht auszuschließen, dass diese Mittel nur einmal bereit gestellt werden und damit für eine längerfristig angelegte Entwicklungszusammenarbeit nicht nutzbar sind.

Andere wichtige, aber finanziell vernachlässigte Kooperationssegmente

Dabei darf nicht vergessen werden, dass bereits die vor dem 11. September 2001 für das BMZ definierten Aufgabenfelder finanziell und personell nur ungenügend ausgestattet waren:

In Osteuropa, der Balkanregion und dem Kaukasus wollte das BMZ den demokratischen Wechsel und den Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung fördern. Bundesministerin Wieczorek-Zeul legte hierfür erst kürzlich eine Kaukasus-Initiative vor. Die Bundesregierung einschließlich Bundesministerin Wieczorek-Zeul betonte wiederholt die Bedeutung des Stabilitätspaktes Südosteuropa für die Schaffung von Frieden und Wohlstand in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens. Doch der Haushaltsentwurf 2002 senkt auch die Mittel für diese Regionen massiv ab. Ab dem Jahr 2003 sollen die entsprechenden Haushaltstitel völlig aufgelöst werden, ohne für eine Aufstockung der dann ersatzweise in Anspruch zu nehmenden Titel zu sorgen. Das bedeutet, dass ab 2003 jegliche Fördermaßnahme zugunsten dieser Regionen automatisch eine Kürzung der für die Zusammenarbeit mit den afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Entwicklungsländern benötigten Finanzmittel nach sich ziehen wird.

Umso unverständlicher ist, dass sich die Bundesregierung zu immer neuen Förderzusagen hinreißen lässt, ohne wenigstens bereits eingegangene Verpflichtungen auch nur annähernd abdecken zu können. So kündigte Bundeskanzler Schröder an, dass die Bundesregierung die Initiative von UN-Generalsekretär Annan für die Einrichtung eines UN-Fonds zur AIDS-Bekämpfung mit 300 Mio. DM unterstützen werde. Woher diese Summe genommen werden soll, ist völlig unklar.

Schließlich streicht die Bundesregierung unermüdlich ihren Einsatz für Demokratisierung, Krisenprävention und Konfliktminderung heraus, kürzt aber erneut den in diesem Sektor wertvolle Arbeit leistenden politischen Stiftungen vehement die finanzielle Unterstützung. Im Jahre 2002 finden zwei UN-Konferenzen statt, die für die Zukunft unserer Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern fundamentale Bedeutung haben: die UN-Konferenzen "Financing for development" in Mexiko und "Rio plus zehn" in Südafrika als Nachfolgegipfel zu Rio 1992. Mit ihrer bisherigen kurz- und mittelfristigen Finanzplanung wird die Bundesregierung sowohl in Mexiko wie auch in Südafrika ein denkbar schlechtes Vorbild im Kreis der Geberstaaten abliefern.

Fortschreitender Ausstieg der rot-grünen Bundesregierung aus der Lösung globaler Zukunftsfragen

Die Bundesregierung muss sich angesichts der haushaltspolitischen Knebelung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit dem Vorwurf stellen, ihre Solidarität mit den Armen dieser Welt aufzukündigen. Schritt für Schritt verabschiedet sie sich von der Mitarbeit bei der Lösung globaler Zukunftsfragen wie z.B. der Bekämpfung der Ursachen des internationalen Terrorismus, der Begrenzung des Weltbevölkerungswachstums oder der Bewältigung weltumspannender Umweltprobleme. Sie setzt die internationale Glaubwürdigkeit Deutschlands aufs Spiel, wenn sie einerseits der US-amerikanischen

Regierung die Verletzung internationaler Vereinbarungen zum Klimaschutz vorwirft oder die unverminderte Zerstörung der Tropenwälder mit ihrer Artenvielfalt beklagt und andererseits gleichzeitig selbst Deutschlands Beitrag zur Lösung globaler Entwicklungs- und Umweltfragen stetig ausdünn.

Aber noch viel gravierender könnte sich der Mangel an Einsicht darin auswirken, dass aus Armut und mangelnder Bildung entstehende Perspektivlosigkeit und Frustration in Entwicklungsregionen dieser Erde vor allem unter Jugendlichen in Hass und Extremismus umschlagen und den gefährlichen Nährboden für auch uns in den Industrieländern bedrohenden Terrorismus schaffen.

Deshalb müssen wir eine ausreichende Haushaltsgrundlage für eine solide, verlässliche und mittel- wie langfristig strategisch angelegte Entwicklungspolitik schaffen, die die nachhaltige Entwicklung und Demokratisierung in unseren Partnerländern fördert und damit ein essentielles Instrument einer aktiven Konfliktprävention und einer Eindämmung von internationalem Terrorismus und grenzüberschreitender Kriminalität darstellt.

Der Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik der CDU fordert daher die Bundesregierung auf:

- **dem Bundestag den Entwurf für ein Gesetz vorzulegen, das die Bundesrepublik Deutschland darauf verpflichtet, mit einem Zeitziel von 10 Jahren das 1992 bei der UN-Umwelt- und Entwicklungskonferenz in Rio festgelegte und bei der diesjährigen Nachfolgekonferenz "Rio plus zehn" zu bekräftigende Ziel einer Ausstattung der Entwicklungszusammenarbeit mit 0,7 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts stufenweise zu erreichen sowie die mittelfristige Finanzplanung des BMF entsprechend zu korrigieren. Als Zwischenschritt sollte das Gesetz festlegen, dass in spätestens 6 Jahren ein Finanzvolumen von mindestens 0,5 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden sollte.**